

Für die Demokratie reden

Erfahrungen mit Dialogformaten im öffentlichen Raum

Sieglinde Rosenberger

Universität Wien

sieglinde.rosenberger@univie.ac.at; <https://doi.org/10.17883/pa-ho-2025-02-01>

EINGEREICHT 30 AUG 2025

ANGENOMMEN 15 OKT 2025

Menschen sorgen sich um die Stabilität der liberalen Demokratie, andere unterstützen bei Wahlen die Transformation in eine Autokratie. Der Beitrag thematisiert Demokratiegespräche als Ansatz der aufsuchenden Demokratiebildung im öffentlichen Raum – Streetworking für die Demokratie. Anhand einer konkreten Graswurzel-Initiative und deren Gesprächsprotokollen werden Bedingungen, Möglichkeiten und Praxen, demokratische Einstellungen und politische Kräfte zu stärken, beschrieben und analysiert. Das Ergebnis: Der Begriff Demokratie darf in Gesprächsformaten nicht abstrakt institutionell-prozedural bleiben, sondern muss lebensgeschichtlich ansetzen. Dialog ist aber mehr als Zuhören, Demokratie ablehnenden, gruppenfeindlichen Aussagen ist zu widersprechen. Dafür braucht es Zeit, Leidenschaft und Weiterbildung.

SCHLÜSSELWÖRTER: Dialogformate, resiliente Demokratie, niederschwellige Demokratiebildung, Streetworking für die Demokratie, Zivilgesellschaft

1. Einleitung

Eine Sorge geht um in Europa. Die Sorge um die Zerbrechlichkeit und Demontage der liberalen Demokratie; die Sorge, dass demokratische Errungenschaften ins Autoritäre kippen könnten. Aktuelle Befunde zum Zustand der liberalen Demokratie sind einhellig: Sie ist gefährdet, ihre Zukunft ist offen (Merkel, 2024).

Die Entwicklungen verlangen nach pro- und reaktivem Handeln zur Stärkung und Anpassung der Demokratie an veränderte Rahmenbedingungen. Staatliche Akteur:innen wie Parteien, Parlamente und Regierungen geben rechtliche und politische Antworten, zivilgesellschaftliche Initiativen, NGOs, Kirchen, Bildungseinrichtungen und Gewerkschaften zeigen Gefährdungen auf, gehen auf die Straße, mobilisieren mit Flashmobs, machen Mahnwachen, schreiben Petitionen, schalten Inserate und wenden sich an politische Amtsträger:innen, keine Koalition mit Rechtsextremen einzugehen.

Der Kanon der Demokratie unterstützenden Aktivitäten enthält auch persönliche Gesprächs-, Dialog- und Zuhörformate (Pörksen, 2025). Auf Austausch

polarisierter Meinungen und Meinungsbildung ausgerichtet, wollen diese Formate Lern- und Reflexionsprozesse über kontroverse Themen anstoßen. Die Wirksamkeit ist belegt. Studien zeigen, dass am ehesten durch soziale Interaktion Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Regeln aufgebaut und Veränderungen von Meinungen und Einstellungen erreicht werden kann (Vogel & Wänke, 2016, S. 175).

In der aufsuchenden politischen Bildung fallen Dialogformate in die Gruppe der Geh-Strukturen (Bremer, 2025). Ein konkretes niederschwelliges Dialogformat sind *Demokratiegespräche* wie sie die zivilgesellschaftliche Initiative *Ja Demokratie*¹ praktiziert. Diese ähneln dem aus der Sozialen Arbeit bekannten *Streetworking*-Ansatz: Sie sind lebensnah, eng mit dem Sozialraum der Zielgruppe verbunden und erlauben, sich über gegensätzliche Auffassungen auszutauschen. Ziel ist, einander zu verstehen und Gemeinsames zu finden, nicht unbedingt Zu- und Übereinstimmung. Um es mit dem Musiker Christian Muthspiel in den Worten von Ernst Jandl zu sagen: Unsere Ansichten gehen nach dem Gespräch als Freunde auseinander.²

Der folgende Beitrag leuchtet Möglichkeiten und Praxen von Demokratiegesprächen aus und sucht Antworten auf die Fragen: Wie kann über Demokratie in polarisierten Gesellschaften gesprochen werden? Was können persönliche Gespräche leisten? Wie ist auf kontroverse Demokratieverständnisse kommunikativ zu reagieren? Die Analyse von Gesprächsprotokollen kommt zum Ergebnis, dass für eine effiziente Kommunikation die Gespräche eine lebensweltliche Anbindung verlangen und Faktenvermittlung limitiert ist. Der Ansatz „Demokratie verteidigen“ stösst dann auf Interesse und breite Zustimmung, wenn damit auch die Verbesserung der eigenen sozialen Lage einhergeht.

Demokratiegespräche finden im politischen Kontext des Demokratieverteidigens statt. Um diesen Aspekt und seine Rolle in Gesprächen geht es im nächsten Kapitel.

2. Politischer Kontext: Demokratiegefährdung und -verteidigung

Die liberale Demokratie steht in mehreren Ländern vor dem Problem der schleichen- oder bereits rasanten Erosion von Normen und Institutionen. Die politische Systemkonkurrenz zwischen Ost und West ist Geschichte. Auch innerhalb des politischen Westens, in Europa und in den USA, wird zwischen Demokratie und Autokratie gerungen. Zahlreiche Länder haben auch hier das Etikett funktionierende oder volle Demokratie bereits verloren (Freedom House, 2025).

1 <https://www.ja-demokratie.at>

2 https://www.meinbezirk.at/krems/c-regionauten-community/premiere-mit-christian-muthspiel-und-orjazztra-vienna_a7473979

Ursachen der demokratischen Zerbrechlichkeit liegen in externen Entwicklungen wie Digitalisierung und Klimawandel, Kriegen und ökonomischer Globalisierung. Sie liegen auch an internen Kräfteverschiebungen. Anti-demokratische Kräfte erhalten bei Wahlen hohen Zuspruch und nutzen ihre gewonnene Macht, Pluralismus und Opposition zu delegitimieren, Rechtsstaatlichkeit durch das Recht des Stärkeren zu ersetzen und die Hetze gegen einzelne Personengruppen als Meinungsfreiheit zu stilisieren (Thevessen, 2025).

Gesellschaften sind polarisiert. Menschen mit unversöhnlichen, teils messianischen Ideologien und geschlossenen Politikbildern lehnen Austausch und Kompromiss ab. Der Frust über Politiker:innen wächst, Beschimpfungen und Bedrohungen mehren sich. „Es muss anders werden“, ist ein oft geäußerter Satz. Manche zeigen Wut und finden Gefallen an der Zerstörung demokratischer Strukturen und liberaler Eliten, andere wünschen sich Reformen und Verbesserungen der Lebensbedingungen, wieder andere sind einfach nur der Demokratie müde (Blühdorn, 2019).

Die wachsende soziale Ungleichheit ist ein Treiber für die Zerbrechlichkeit der Demokratie. Mit ihr geht einher, dass Menschen sich von der Politik als nicht gleich wahrgenommen fühlen und Teilhabechancen tatsächlich ungleich verteilt sind. Politikferne ist bei Menschen mit geringen Einkommen, prekären Jobs und wenig Wohnraum hoch. Vertrauensverluste in politische Institutionen, fehlende Zugehörigkeitsgefühle in die politische Gemeinschaft sowie Erfahrungen der Handlungsunfähigkeit nehmen zu. Diese Phänomene emotionalisieren, machen wütend gegenüber Repräsentant:innen oder ängstlich gegenüber Veränderung (Illouz, 2024).

In der Situation der Demokratiegefährdung stehen Konzepte und Projekte zur Demokratieverteidigung hoch im Kurs. Im 21. Jahrhundert hat nicht mehr die „Demokratisierung der Demokratie“ oberste Priorität, sondern die Stärkung und Verteidigung (Merkel, 2024, S. 15; Rosenberger, 2024b). Aufgerufen dazu sind politische Parteien ebenso wie die prodemokratische Zivilgesellschaft, NGOs und Bildungseinrichtungen. Ihre Aufgabe liegt darin, sowohl auf politische Kräfte als auch auf die Wählenden einzuwirken, sie durch politische Bildungsarbeit und öffentliche Kampagnen gegen anti-demokratische Botschaften und Politikangebote zu immunisieren (Olson, 2022).

3. Dialogische Hingehstrukturen

Das „Handbuch Aufsuchende politische Bildung“ (Gill et al., 2025) informiert über Praxen, Möglichkeiten und Vorzüge der *Komm- und Geh-Strukturen* der politischen Erwachsenenbildung.

Komm-Strukturen der Demokratiebildung finden in Kursen, Seminaren, Vorträgen und Diskussionen Anwendung. Die Räume erlauben Begegnung und Debatte, Kennenlernen, Austauschen, Wissensaneignung über das Verhandeln von

Unterschieden und Formate der Konfliktaustragung. Diese Räume werden in erster Linie von Gruppen mit mehr zeitlichen und formalen Bildungsressourcen genutzt. Mit anderen Worten: Diese Angebote erreichen kaum Menschen mit wenig Ressourcen bzw. Menschen mit wenig Erfahrung mit Demokratie. Deshalb werden Lernmöglichkeiten ausprobiert, die sich nicht nur auf Bildungseinrichtungen wie Schule, Universität oder Erwachsenenbildung konzentrieren, sondern an unüblichen Orten stattfinden. Niederschwelligkeit ist das Motto, Geh-Strukturen der Name. Die Lernmöglichkeiten kommen zu Lebens-, Wohn- und Arbeitsorten, ins unmittelbare Lebensumfeld, um dann handlungsbezogene Lern- und Bildungsinteressen zu generieren (Bremer, 2024, S. 28).

Zuhören, reden, informieren, persönliche Kontakte mit Menschen, die an der Demokratie zweifeln oder ihr gegenüber wütend sind, gelten als demokratiestabilisierend. Insbesondere bei stark polarisierbaren Themen wie Klimaschutz, Migration und Gender braucht es Gelegenheiten, Orte und Vermittler:innen, um eine Brücke zwischen polarisierten Meinungen zu bauen. Dialogformate geben Ansichten einen Platz, erlauben Position zu beziehen und darüber zu streiten, schließlich aber Verbindendes und Gemeinsames zu entdecken, um dem Kompromiss eine Chance zu geben. Ein Beispiel ist das Projekt „Raum für Demokratie“ der Bundeszentrale für politische Bildung in Deutschland. Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Vereine oder kulturelle Einrichtungen wie Buchläden und Kunst- und Kulturzentren werden als Orte der Demokratiebildung und -stärkung definiert und genutzt.³

Damit Demokratie auf der Straße, in der Nachbarschaft, im Job und in der Familie kommunizierbar wird, braucht es nicht nur Empathie, sondern auch differenziertes Wissen über die Demokratie und Demokratiepolitik. Das Schema der Bertelsmann Stiftung „Dimensionen der Demokratiepolitik“ ist dafür hilfreich (Finn & Berner, 2025). Es unterscheidet zwischen zwei Ausprägungen (Lebensform und Regierungsform) und zwei Zielperspektiven (Verteidigung und Weiterentwicklung).

Demokratie als Regierungs- und Staatsform umfasst Partizipation, Institutionen und Regeln wie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung zur Mäßigung politischer Macht. Die Demokratie als Staatsform ist aber in doppelter Hinsicht herausgefordert: Sie hat Freiheiten und Rechte der Bürger:innen vor dem Staat und vor starken Gruppen gesetzlich zu gewährleisten und gleichzeitig müssen diese Rechte DURCH den Staat geschützt werden. Michel Friedman, deutscher Publizist und Philosoph, drückt dies so aus: „Demokratie ist, wenn man sich überhaupt die Frage stellen kann, wie man leben möchte.“⁴ Genau dafür braucht es Verfahren und Institutionen zur Machtkontrolle sowie für Pluralismus und Menschenrechte.

Demokratien geben auch das Versprechen, das Leben in sozialer Hinsicht besser zu machen. Demokratie ist also Lebensform und sollte in doppelter Hinsicht

3 <https://www.bpb.de/themen/bundestagswahlen/557261/raum-fuer-demokratie/>

4 <https://www.ardmediathek.de/video/landtag/80-jahre-nach-kriegsende-landtag-gedenkt-der-opfer-des-holocausts/sr/Y3JpZDovL3NyLW9ubGluZS5kZS9MVF8xNDk1MTc>

spürbar sein. Erstens, indem Menschen das staatliches Machtsystem in freier und gleicher Weise mitgestalten, an politischen Prozessen partizipieren. Zweitens, indem Gesetze jene machen, auf die sie angewandt werden. Dies verweist auf soziale und ökonomische Rechte. Die gleiche Teilhabe an Lebenschancen wird aber nur dann als Demokratie lebendig und wahrgenommen, wenn den Bürger:innen bewusst ist, dass diese ein Ergebnis demokratischer Prozesse sind – und zwar nicht nur der Partizipation, sondern auch der Rechtsstaatlichkeit und der Grund- und Menschenrechte.

4. Sich für die Demokratie engagieren: Demokratiegespräche

In Österreich bildeten sich 2024, vor den Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Nationalrat, neue Initiativen mit dem Ziel, Demokratie zu verteidigen (Rosenberger, 2024a). Einige dieser Initiativen sind mittlerweile im Bündnis 2025 vernetzt (<https://buendnis2025.at>). Idealtypisch sind zwei Arten zu unterscheiden: a) Initiativen, die mit Demos, öffentlichen Stellungnahmen, Mahnwachen, Vorträgen, Petitionen die Politik adressieren, also Druck auf Parteien ausüben; b) Initiativen, die sich mit Dialogangeboten im sozialen, beruflichen wie privaten Umfeld primär an Wähler:innen wenden und so gegen die Polarisierung arbeiten. Praktisch sind Mitmachende oft in beiden Ausprägungen aktiv, sie beteiligen sich etwa an Mahnwachen und wenden sich auch direkt an Wähler:innen.

Wahlprognosen über Zugewinne und eine mögliche Regierungsbeteiligung der sich weiter radikalisierenden FPÖ waren der Auslöser für neue Initiativen. Die Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs (2024) sieht bei den Akteur:innen dieser Partei den „Austrofaschismus als Drehbuch“.

Eine dieser neuen Initiativen ist *Ja Demokratie*.⁵ Als Geh-Initiative führt sie Gespräche über die lebensweltliche Bedeutung von Demokratie und Wählen und will dadurch demokratische Politik näherbringen, sie kritisch wahrnehmen und einen Reflexionsprozess in Gang setzen. Zu Themen und Gesprächsverläufen erstellt *Ja Demokratie* Gedächtnisprotokolle und tauscht bei Gruppentreffen praktische Erfahrungen aus. Die folgenden Ausführungen und Originalzitate basieren auf diesen internen Dokumenten. Die Autorin dieses Beitrags ist Teil der Initiative. Aus dieser persönlichen Involvierung resultiert die Wir-Erzählform.

4.1 Steckbrief zur Initiative „Ja Demokratie“

Ausgehend von Studien zu Wahlbeteiligung und Wahlverhalten sozio-demographischer Gruppen im unteren Drittel (Zandonella & Ehs, 2021), wendet sich die Initiative primär an Personen auf der Straße, die eher politikfern sind, nicht zur Wahl

5 <https://www.ja-demokratie.at>

gehen oder zu einer anti-demokratischen Partei neigen. Wir gehen in Viertel und an Orte, von denen wir annehmen, dass wir Menschen mit diesen Merkmalen treffen.

Räumlich konzentrieren sich die *Grassroot*-Aktivitäten auf Wien und Innsbruck Umgebung. Ehrenamtlich tätig sind etwa 50 Personen, daneben gibt es eine größere Zahl von Sympathisierenden. Ähnlich wie in ehrenamtlichen Initiativen in Deutschland, wo eine Studie (vgl. Karakayali/Kleist, 2015) zeigt, dass drei Viertel aller ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer:innen 2015 weiblich waren, sind auch bei *Ja Demokratie* überwiegend Frauen aktiv. Sie kommen aus unterschiedlichen Berufen, einige aus der Erwachsenenbildung, die meisten sind am Übertritt in die Pension oder schon in der Pensionsphase. Alle bringen berufliche und private Netzwerke mit.

Die Gesprächsführung wird in Seminaren geübt und bei Gruppentreffen reflektiert. Von April 2024 bis Juni 2025 wurden mehr als 900 Gespräche geführt. Sie dauerten zwischen fünf und mehr als 30 Minuten und fanden an öffentlichen Plätzen, in Parks, in Promenaden, bei Öff-Haltestellen, bei Veranstaltungen und Festen, in Einkaufszentren, auf Spielplätzen und in Hundezonen statt. *Ja Demokratie* sucht stationäre Gesprächspartner:innen, die etwas Zeit aufbringen können, die nicht von A nach B hetzen. Denn im Gehen sind Menschen kaum gesprächsbereit, im Sitzen in Parks gelingt dies viel besser. *Ja Demokratie* ist für Outdoor konzipiert und somit weitgehend von Wetterverhältnissen abhängig.

4.2 Reden: Zwischen Bedürfnis und Ablehnung

Wir gehen auf Menschen zu, stellen uns vor und fragen, ob Lust, Interesse und Zeit für ein Gespräch über Demokratie und Wählen besteht. T-Shirts, Anstecker, Umhängetaschen und Flyer machen uns erkenn- und verortbar.

Die Anbahnung des Dialogs verläuft je nach Standort und Tageszeit unterschiedlich. Einige weichen dem Angebot aus, lehnen es freundlich oder auch barsch ab, gehen weiter, weil sie entweder kein Interesse oder keine Zeit haben. Wut oder gar Attacken erfahren wir in keiner Weise. Andere bleiben stehen, stimmen zu, sind neugierig, was wir vorhaben, rücken auf der Parkbank näher, andere stellen sich einfach dazu, um mitzuhören. Wichtig für eine gelingende Begegnung ist, das Anliegen klar mitzuteilen; wichtig ist auch, rasch einzuschätzen, was das Gegenüber politisch bewegt oder aufregt. Jedes Gespräch entwickelt eine eigene Dynamik und verläuft anders.

Einige der Kontaktierten meinen, politisch gut informiert zu sein. Andere sagen, nicht für die Politik zuständig zu sein, keine Ahnung zu haben, sich politisch nicht kompetent zu fühlen, deshalb würden sie nicht zur Wahl gehen. Wieder andere meinen, sie selbst wären zwar gut informiert, bräuchten aber Informationen und Argumente für ihre wahlberechtigten Kinder, weshalb Wählen wichtig sei. Auf alle diese Situationen ist zu reagieren.

Einige, meist Männer, legen ein großes Redebedürfnis an den Tag, würden gerne noch länger reden; manche wundern sich, warum wir uns die Gespräche überhaupt antun; ähnlich Meinende versichern uns, dass sie für das Engagement dankbar seien, da Aktivität jetzt wichtig sei.

Die Gespräche vermitteln ein weit verbreitetes Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit – sei es im Hinblick auf das aus Alltagserfahrungen resultierende Gefühl des Nicht-Teilseins an der österreichischen Gesellschaft, sei es in Bezug auf die eigene politische Repräsentation. Auf sie käme es ohnehin nicht an, hören wir oft. Viele der in sozial prekären Lagen Lebenden spüren nicht, dass auch ihre Stimme zählt. Das fehlende soziale wie politische Zugehörigkeitsgefühl scheint sowohl ein Grund zu sein, weshalb manche gerne selbst reden, aber auch weshalb andere das Dialogangebot ablehnen.

In manchen Bezirken Wiens sind Sprachbarrieren groß. Es bräuchte Mehrsprachigkeit oder zumindest ein digitales Tool zur Übersetzung. Dazu kommt die Wahlberechtigung als sensibles Thema. Jene, die nicht wahlberechtigt sind, ärgern sich über das Gesprächsangebot; andere ärgern sich über die Frage nach dem Wahlrecht, weil darin ihre Zugehörigkeit bezweifelt wird. Deshalb sind wir dazu übergegangen, direkt zu fragen, ob er/sie vorhat, am Tag X zur Wahl zu gehen.

4.3 Demokratieverständnisse:

„Finden Sie, dass wir noch in einer Demokratie leben?“

Nicht überraschend in der polarisierten Gesellschaft begegnen wir Menschen mit ganz anderen, teils geschlossenen politischen und kulturellen Meinungen und Einstellungen. Nur wenige teilen die Sorge um die Stabilität der Demokratie wie dieser Gesprächspartner: „Ich bin als Vater einer Tochter gegen rechts, weil da Frauenrechte unter Druck geraten.“ Viele hingegen stehen rechtsnationalistischen Entwicklungen undifferenziert, unwissend gegenüber oder sehnen sich nach Veränderung in Richtung mehr Nativismus und weniger Zuwanderung.

Die Initiative will für die als gefährdet wahrgenommene Demokratie werben. Immer wieder sind aber Gesprächspartner:innen der Auffassung, dass es Demokratie eh nicht mehr gibt. Wiederholt werden wir gefragt, ob wir glaubten, noch Demokratie zu haben, da die Parteien eh tun, was sie wollen und nicht, was sie versprechen. Oder es wurde vehement geäußert, dass die Demokratie nicht durch politischen Rechtsruck gefährdet sei, sondern durch Muslime, die demnächst die Mehrheit bilden würden. Die Frage „Finden Sie, dass wir noch in einer Demokratie leben?“ steht auch für die Ablehnung von Impf- und Covid-19-Maßnahmen, da diese eine ungerechtfertigte Einschränkung der individuellen Freiheit bedingten und folglich anti-demokratisch gewesen wären.

Bei den Gesprächen in Wohnvierteln mit hohem Zuwanderungsanteil treffen wir auf potentielle FPÖ-Wähler:innen. Die Zuwanderung regt Österreicher:innen

ohne Migrationshintergrund und Zugewanderte auf. Aussagen wie: Es gäbe zu viele neu Zugewanderte, die Gewalt und Unsicherheit verbreiten, sind allgegenwärtig. Auffallend ist auch die Rede über soziale Missstände im Gewand des Nationalismus und rechtsextremer Identitätspolitik: „Den eigenen armen Leuten wird nicht genug gegeben, alles den Ausländern reingeschoben“.

Dass die FPÖ einzelne Säulen der Demokratie gefährden könnte, wird bei jenen, die sie wählen werden, nicht thematisiert, eher heruntergespielt oder als Rettung stilisiert. Diese Gesprächspartner:innen sehen sich als Opfer von Ungerechtigkeiten, manche sogar als Opfer der Demokratie in Form der Menschenrechte. Veränderung ist daher das Anliegen, nicht Bestand.

Wir treffen aber nicht nur auf Demokratieferne, sondern auch auf Demokratienähe. Demokratiebewusstsein und Vertrauen in Demokratiever sprechen beobachten wir insbesondere bei Menschen, die direkt oder deren Elterngeneration Diktatur und Faschismus erlebt haben.

4.4 Auf demokratieskeptische Statements reagieren?

Die Initiative agiert nicht positions- und wertneutral; sie ist parteiisch für den Grundkanon an Werten und Haltungen der parlamentarischen Demokratie. Menschenfeindlichen Meinungen und Faktenferne wird widersprochen.

Denn in den Gesprächen tauchen Meinungen auf, die sich aus Vorurteilen, Fake-News und menschenverachtenden Bezeichnungen speisen. Der dialogische Umgang mit dem von Mythen dominierten Wahrnehmungsraum ist eine besondere Herausforderung. Wie reagieren auf Behauptungen, man habe über die hohe Kriminalität und den weit verbreiteten Sozialmissbrauch genaues Wissen oder persönliche Erfahrung? Wir probieren Diskussions- und Antwortvarianten aus. Ein Zugang ist, mit sachlicher Differenziertheit die Kluft zwischen Realität und Wahrnehmung zu mildern. Wir bringen Fakten ein, die den Nutzen der Migration für den Gesundheitssektor oder den Tourismus klarlegen. Wir informieren über das Abstimmungsverhalten der FPÖ im Parlament, was manchmal für Überraschung sorgt, die mögliche Dissonanz wird dann aber in Frage gestellt. Alleine mit Fakten und Inhalten ist also nur beschränkt ein wirksames Gespräch zu führen. Die Fakten sind vielmehr mit der persönlichen Lebenswelt in Verbindung zu bringen. Erfolgreich können Gespräche dann verlaufen, wenn sich Erfahrungen zwischen uns und den Gesprächspartner:innen überschneiden. Zum Beispiel bei Migration, wenn wir über das medizinische Personal im Krankenhaus reden oder über das verrückte Wetter, das sich zunehmend zu einem Klimawandel verdichtet.

4.5 Mehrwert für die Demokratie-Arbeiter:innen

Die dialogorientierte Demokratiearbeit ist zeitintensiv, anstrengend, sie ermüdet; das Zugehen auf andere erfordert neben Empathie manchmal auch Überwindung und Mut. Sie gibt aber auch. Dialogformate schaffen Sozialkompetenz und neues Wissen. In nicht vertraute Lebenswelten kann eingetaucht werden, vom sozialräumlichen Standort abhängige Sichtweisen können kennengelernt und Diversitäts- und Pluralismusfähigkeit müssen praktiziert werden.

Diese neuen Einsichten fördern das Verstehen der politischen Dynamiken und der Entstehung von demokratiepolitischen Kipp-Punkten. Aus der empirischen sozialwissenschaftlichen Forschung ist bekannt, dass politische Diskurse der Ab- und Ausgrenzung, des Wir versus die Anderen in den Alltag einsickern und abrufbar sind. Dieses Eindringen des politischen Diskurses konnten wir auf der Parkbank spüren, nämlich wenn Menschen nahezu im O-Ton evidenzferne Botschaften von politischen Parteien wiedergeben. Diese Beobachtungen motivieren, Methoden und Kompetenzen des dialogischen Umgangs zu verfeinern.

Schließlich gibt es eine ganz persönliche Komponente. Die Motivation liegt im subjektiven Verantwortungsgefühl für die Zukunft. Die Beteiligung an der aufsuchenden Demokratiearbeit gibt ein bisschen Hoffnung, die Lebens- und Staatsform Demokratie resilenter zu machen. Und sie trägt zur Selbstversicherung bei, in einer entscheidenden Situation nicht zu schweigen oder wegzuschauen, sondern das Mögliche zu tun.

5. Fazit

Über Demokratie mit jemandem zu reden, der gleiche Erfahrungen teilt und ähnliche Meinungen mitbringt, ist einfach. Über Demokratie mit jemandem zu reden, der ökonomisch, sozial und politisch die Demokratieversprechen der Gleichheit und Freiheit nicht erlebt, ist anspruchsvoll bis teils unmöglich.

Unsere Erfahrungen vor Ort zeigen, dass mit Menschen, die eher politikfern sind und möglicherweise offene Ohren für Populisten und Nationalisten haben, dann produktiv über Demokratie gesprochen werden kann, wenn die Gespräche lebensweltlich anknüpfen, wenn ein Zusammenhang zwischen der persönlichen Erfahrung und der politischen Dimension herstellbar ist. Wenn es also gelingt, das Betroffensein von konkreten politischen Maßnahmen und deren autoritären Alternativen zu besprechen, dann kann die Sinnhaftigkeit, demokratisch zu wählen, nachvollziehbar werden.

Was können niederschwellige Gesprächsformate leisten? Sie können individuell eine Auseinandersetzung mit Demokratie und Politik im Alltag anregen und Leistungen wie Defizite der Demokratie bewusst machen. Wiederholt machten wir die Beobachtung, dass die angesprochene Gruppe nach unserem Gespräch

unter sich diskutierte. Diese Reflexionen könnten den mittel- oder langfristigen Effekt haben, der Politik näherzukommen.

Dennoch ist der Begriff Demokratie für viele abstrakt, bleibt institutionell-prozedural und weit von eigenen Erfahrungen entfernt. Die Erfahrung mit dem Unterfangen, Demokratie Menschen vermitteln zu wollen, die nicht spüren, dass auch ihre Stimme zählt, die nicht die Erfahrung der Mitwirkung und Teilhabe teilen, die demokratische Prozesse folglich nicht für ihr Wohlergehen verantwortlich sehen, macht deutlich, dass selbst in der Situation der Demokratiegefährdung die Strategie des Verteidigens zu kurz greift, sondern dass es auch insbesondere Weiterentwicklung, Anpassung und Verbesserung braucht. Dies kann die aufsuchende politische Bildung nicht wettmachen, da ist die Politik mit Antworten gefordert.

Dank

Ich möchte mich bei den Demokratie-Arbeiter:innen der Initiative für die Erstellung der Protokolle sehr herzlich bedanken. Ohne diese wäre der vorliegende Text nicht möglich gewesen.

Literaturverzeichnis

- Blühdorn, I. (2020). The dialectic of democracy: modernization, emancipation and the great regression. *Democratization*, 27(3), 389–407, <https://doi.org/10.1080/13510347.2019.1648436>
- Bremer, H. (2025). Aufsuchende politische Bildung. Versuch einer Standortbestimmung. In T. Gill, H. Stauf-Finé & A. Wallentin (Hg.), *Handbuch Aufsuchende politische Bildung* (S. 23–39). Frankfurt/Main: Wochenschau.
- Bündnis2025. <https://buendnis2025.at>.
- Ehs, T. (2024). Kickl und der Austrofaschismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3, 81–86. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/maerz/oesterreich-das-drehbuch-des-volkskanzlers>.
- Finn, H. & Berner, L. (2025). *Demokratiepolitik ein vernachlässigtes Politikfeld*. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EINWURF_02_2025__Demokratiepolitik_ein_vernachlaessigtes_Politikfeld.pdf
- Freedom House (2025). *Freedom in the World2025. Report*. https://freedomhouse.org/sites/default/files/2025-03/FITW_World2025digitalN.pdf
- Gill, T., Stauf-Finé, H. & Wallentin, A. (Hg.). (2025). *Handbuch Aufsuchende politische Bildung*. Frankfurt/Main: Wochenschau.
- Ilouz, E. (2024). *Die explosive Moderne*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

-
- Karakayali, S. & Kleist, O. (2015). EFA-Studie: *Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland*, 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014, Berlin: Berliner Institute für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin 2015.
- Merkel, W. (2023). *Im Zwielicht. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert*. Frankfurt/New York: Campus.
- Olsen, T.V. (2022). Defending democracy politically. *Acta Politica*, 57, 798–817. <https://doi.org/10.1057/s41269-021-00224-5>
- Pörksen, B. (2023). *Zuhören. Die Kunst, sich der Welt zu öffnen*. München: Hanser.
- Rosenberger, S. (2024a). Verbündet gegen die extremen Feinde. In *Der Standard* 28. Juli 2024. <https://www.derstandard.at/story/3000000229963/verbuendet-gegen-die-extremen-feinde>
- Rosenberger, S. (2024b): Was weiter tun? Überlegungen zur Demokratiestabilisierung. In *Kurswechsel*, 3, 96–101. http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/Kuwe_3-24_DebatteRosenberger.pdf
- Thevessen, E. (2025). *Dead Line. Wie das System Trump die Demokratie aushöhlt und alle gefährdet*. München: Piper.
- Vogel, T. & Wänke, H. (2016). *Attitudes and Attitude Change*. London: Routledge.
- Zandonella, M. & Ehs, T. (2021). Demokratie der Reichen. Soziale und politische Ungleichheit in Wien. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 47(1), 63–101.

